



Presseschau vom 03.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Whistleblower: Gefälschte Daten in Pfizer-Zulassungsstudie**

Ein Whistleblower hat in einer Fachzeitschrift ernsthafte Zweifel an der "Integrität der Daten und der Sicherheit der Patienten" während der Zulassungsstudie des Pfizer-Impfstoffs geäußert. "Wenn das stimmt ist das inakzeptabel"...

<https://kurz.rt.com/2poe>

Liudmila Kotlyarova: **Für Nawalny und gegen „Unrechtsregime“: FDP-nahe Naumann-Stiftung fantasiert über Strafen für Putin**

Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung macht sich Sorgen um den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny und die Menschenrechte in Russland. Das erscheint legitim, bis die Diskutanten die Ampel-Regierung dann plötzlich indirekt auffordern, selbst die Kinder der „Gruppierung um Putin“ zu sanktionieren. ...

<https://snanews.de/20211102/naumann-stiftung-fantasiert-ueber-strafen-fuer-putin-4191783.html>

Seyed Alireza Mousavi: **Nach Syrien-Konflikt: Golfstaaten wollen Libanon ins Chaos stürzen**

Libanon entwickelt sich allmählich zu einem neuen Schauplatz der Konflikte zwischen Iran und Saudi-Arabien. Entscheidend für das Tempo der Eskalation ist nun die Lage im Jemen.

Nach der von außen geförderten und mit brutaler Gewalt aufgeladenen Rebellion gegen die staatliche Existenz Syriens droht nun in dieser Region Libanon einem weiteren Experiment der Golfstaaten und deren Verbündeten ausgesetzt zu werden. ...

<https://kurz.rt.com/2pmo>

Dagmar Henn: Propaganda im Zirkelschluss oder wie der mediale Mainstream sich eine russische Bedrohung bastelt

Es ist nichts Neues, dass Zeitungen voneinander abschreiben oder dass alle dieselbe Agenturmeldung kopieren. Witzig wird das Spiel allerdings dann, wenn ein Selbstverstärker eingebaut wird. So jüngst geschehen mit dem neuesten vermeintlichen "russischen Truppenaufmarsch". ...

<https://kurz.rt.com/2pn5>

Robert Bridge: Warum verbirgt die EU die Details der Impfstoffverträge vor den Parlamentariern?

Während einige Europäer weiterhin verpflichtenden Impfmaßnahmen widerstehen, hat eine Gruppe von Parlamentariern die Kommission gerügt, sie habe es Pharmafirmen erlaubt, "die Demokratie mit Füßen zu treten". ...

<https://kurz.rt.com/2ppf>

de.rt.com: Nach Springer-Kampagne: WDR will nicht mehr mit Nemi El-Hassan zusammenarbeiten

Der WDR hat sich nach wochenlanger Prüfung gegen eine mögliche Zusammenarbeit mit der Journalistin Nemi El-Hassan entschieden. Die Debatte über den gesamten Fall geht damit in die nächste Runde. In einem offenen Brief kritisiert El-Hassan die Entscheidung des WDR. ...

<https://kurz.rt.com/2pp8>

Alexander Boos: Militärische Zusammenarbeit mit Russland und Handel mit Afghanistan: Lagebericht aus Usbekistan

Als im Oktober in Usbekistan Präsident Schawkat Mirsijojew wiedergewählt wurde, kritisierten westliche Medien die Wahl als „demokratisch fragwürdig“. Der Potsdamer Politologe, Hubert Thielicke, war vor Ort und sagt im SNA-Interview: „Ich habe einen anderen Eindruck.“ Außerdem spricht er über Reformen im Land und die Lage des Nachbarn Afghanistan. ...

<https://snanews.de/20211103/militaerische-zusammenarbeit-handel-afghanistan-4202064.html>

abends/nachts:

de.rt.com: "Schamlose Lügen" – Maria Sacharowa bezichtigt Bild der Fake News über Drohnen im Donbass

Ein "Experte" der Bild behauptete, dass der Einsatz von Kampfdrohnen im Krisengebiet Donbass erlaubt sei. Daher sei die russische Kritik an einem aggressiven Vorgehen der Ukraine "falsch". Mit dieser Behauptung hat er aber nicht nur die Russen brüskiert, sondern auch das deutsche Außenministerium.

In einem auf Facebook und Telegram veröffentlichten Text hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa einen Bild-Artikel und namentlich dessen Autor Julian Röppcke scharf kritisiert. Um den illegalen Drohneneinsatz durch Kiew in der Konfliktregion Donbass zu rechtfertigen, hätten deutsche Medien auf Befragung zweifelhafter "Experten" gesetzt und damit journalistische Standards grob verletzt, so die russische Diplomatin. Der Bild-Artikel erschien am 27. Oktober unter dem Titel "'Kiewer Neonazis' – Kreml wütet

nach Einsatz von Erdogan-Drohnen". Um die Aussagen russischer Experten und Diplomaten zu konterkarieren hat der Verfasser einen "Konflikt-Fachmann" Alex Kokcharov zitiert. Er wurde als "Russland- und Ukraine-Analyst des britischen Informationsdiensts IHS Markit" vorgestellt. Kokcharov erklärte den Bild-Lesern:

"Das Minsker Waffenstillstandsabkommen verbietet die Präsenz schwerer Waffen in der Nähe der Kontaktlinie, jedoch nicht den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen. Wahrscheinlich aufgrund der Tatsache, dass die Ukraine zum Zeitpunkt der Waffenstillstandsvereinbarungen von Minsk 2014-15 keinen Zugang zu Kampfdrohnen hatte."

Diese Behauptung ist laut Sacharowa von Grund auf falsch. Sie verweist auf die Beschlüsse der Minsker Vereinbarungen vom 19. September 2014, bekannt als Minsk I. In dem vom russischen und vom ukrainischen Präsidenten unterzeichneten Memorandum zum Friedensplan gelte folgende [Einschränkung](#):

"Ab dem Beschluss dieses Memorandums gilt ein Flugverbot für Kampfflugzeuge und ausländische unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) – mit Ausnahme von Drohnen, die die OSZE-Beobachtermission einsetzt – entlang der gesamten Kontaktlinie in der mindestens 30 Kilometer breiten Waffenstillstandszone."

Dann zitiert sie noch das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015, besser bekannt als Minsk II: "Die schweren Waffensysteme sollen bei den kleineren Kalibern 50 Kilometer hinter die Demarkationslinie zurückgezogen werden, die größeren Kaliber 70 Kilometer und Raketensysteme 140 Kilometer. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) soll dies überwachen – auch mit Satelliten, Drohnen und Radar."

Der Einsatz der Beobachtermission der OSZE ist für die russische Diplomatin der einzig mögliche Zusammenhang für eine Erwähnung legitimer Drohnen in den Minsker Abkommen. Dafür zitiert sie auch die Sprecherin des deutschen Außenamtes Andrea Sasse, die erklärte, dass der Drohneneinsatz in diesem Krisengebiet allein der OSZE vorbehalten sei. Auch französische Kollegen seien der gleichen Meinung, betont Sacharowa. Sie hebt hervor: "Dass der Einsatz von bewaffneten Hightech-Drohnen dem Geist der Minsker Vereinbarungen widerspricht, ist nicht der Rede wert, da gegen den Wortlaut der Vereinbarungen verstoßen wurde."

In ihrem Beitrag wies Sacharowa spitzzünftig darauf hin, dass eine Stunde der Beratung mit dem "Experten" des Londoner Informationsdienstes Kokcharov gemäß seiner Selbstvermarktung Tausend Dollar kosten – aber da habe die Bild vermutlich als Dauerkunde einen Mengenrabatt.

Zwar hat die Volksrepublik Donezk den ersten Kampfeinsatz der Bayraktar-Drohne bislang nicht bestätigt. Aber der tödliche Einsatz einfacherer Drohnen durch die Ukraine in der gesamten Region ist seit Langem trauriger Alltag. Seit dem Jahr 2019 sind mehrere Zivilisten durch von solchen Drohnen abgeworfene Sprengsätze gestorben, darunter auch ein vierjähriges Kind. Am Samstag wurden drei Arbeiter beim Verlassen eines Agrarbetriebes von einer Drohne getroffen. Alle drei erlitten schwere Verletzungen und mussten in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert werden. Eines der Opfer schwebt noch immer in Lebensgefahr.

"Diese Drohnen fliegen ständig über uns", sagte eine Einwohnerin.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6181748eb480cc286701bc9a.jpg>

de.rt.com: **Afghanische Soldaten mit US-Militärausbildung treten dem IS bei – um die Taliban zu bekämpfen**

Die Taliban beschuldigen die USA seit Langem, die Terrormiliz Islamischer Staat zu finanzieren. Nun werden sie indirekt bestätigt: Afghanische Soldaten und Geheimdienstler, die von den US-Besatzern ausgebildet wurden, treten zunehmend dem IS bei, um gegen die Taliban zu kämpfen.

Die USA gaben unglaubliche 88 Milliarden US-Dollar für die Bewaffnung und Ausbildung des afghanischen Militärs aus. Doch die afghanischen Streitkräfte brachen unter dem blitzschnellen Ansturm der Taliban bei deren Rückeroberung des Landes im August sang- und klanglos zusammen.

Obwohl die Taliban diesen Truppen Amnestie zugesagt hatten, sind Geschichten über gewaltsame Repressalien im Umlauf. Wohl dadurch bewogen, schreibt die US-Nachrichtenzeitung Wall Street Journal, schließt sich eine "vergleichsweise kleine, aber wachsende" Zahl dieser Leute ausgerechnet der Terrormiliz Islamischer Staat an – als dem letzten Akteur, der den Taliban auf afghanischem Boden Widerstand leistet.

Der afghanische Ableger der Terrormiliz Islamischer Staat, IS-K (K für die Provinz Khorasan), saugt diese Rekruten mit deren US-Ausbildung wie ein Schwamm auf. Laut den ehemaligen Sicherheitsbeamten und Taliban-Mitgliedern, mit denen das Wall Street Journal gesprochen hat, sollen sich einige der ehemaligen Regierungstruppen den Taliban wegen des Solds angeschlossen haben, den diese angeblich bezahlen. Andere wiederum taten dies aus einem so wahrgenommenen Mangel an einer besseren Alternative zur Taliban-Herrschaft.

Rahmatullah Nabil, ehemaliger Leiter des ebenso ehemaligen afghanischen Geheimdienstes, erklärte Journalisten der Zeitung die Logik hinter diesem Aspekt der Entwicklung:

"Wenn es einen Widerstand gäbe, hätten sie sich dem Widerstand angeschlossen. Im Moment ist der IS die einzige 'andere' bewaffnete Gruppierung."

Obwohl IS-K und die Taliban beide islamisch-fundamentalistische Gruppierungen darstellen, weisen sie deutliche ideologische Differenzen auf. Die Taliban sind eine überwiegend pandschabische nationalistische Organisation, die keine Ziele jenseits der Grenzen Afghanistans verfolgt – und zudem die anderen muslimischen Strömungen im Lande zumindest toleriert. Der IS-K hingegen betrachtet einerseits Schiiten und andere nicht sunnitische Zweige des Islam als Abtrünnige – und strebt andererseits die Errichtung eines weltweiten islamischen Kalifats an, wie es schon der "ursprüngliche" IS vor einigen Jahren vom Irak und von Syrien ausgehend versuchte.

Eine Zeit lang von den Taliban zunächst erfolgreich unterdrückt, erlebte der IS-K im Chaos des US-Abzugs aus Afghanistan einen erneuten Aufschwung. Im August bekannte sich die

Terrormiliz zu einem Selbstmordanschlag vor dem Flughafen von Kabul, bei dem rund 200 Afghanen und 13 US-Soldaten getötet wurden. Für das US-Militär in Afghanistan war dies der Tag mit den meisten Verlusten seit dem Jahr 2011.

Es ist unklar, welches "entscheidende Fachwissen in Bezug auf Sammeln von Aufklärungsdaten und Kriegsführungstechniken" diese neuen Rekruten in den IS-K einbringen werden. Denn das auf dem Papier 300.000 Mann starke afghanische Militär, dem sie einst angehört hatten, brach innerhalb weniger Wochen angesichts des Ansturms der Taliban zusammen – wobei das Personal oft floh oder sich ergab, ohne auch nur einen Schuss abzugeben.

Die Tatsache, dass sich diese Kämpfer, die ihre nachrichtendienstliche beziehungsweise militärische Ausbildung dem US-Budget verdanken, sich innerhalb weniger Monate nach dem US-Abzug aus Afghanistan einer Hardliner-Terrorgruppierung anschließen, verdeutlicht jedoch ein Problem, aus dem die Entscheidungsträger in Washington trotz vier Jahrzehnten Erfahrung offensichtlich nichts gelernt haben.

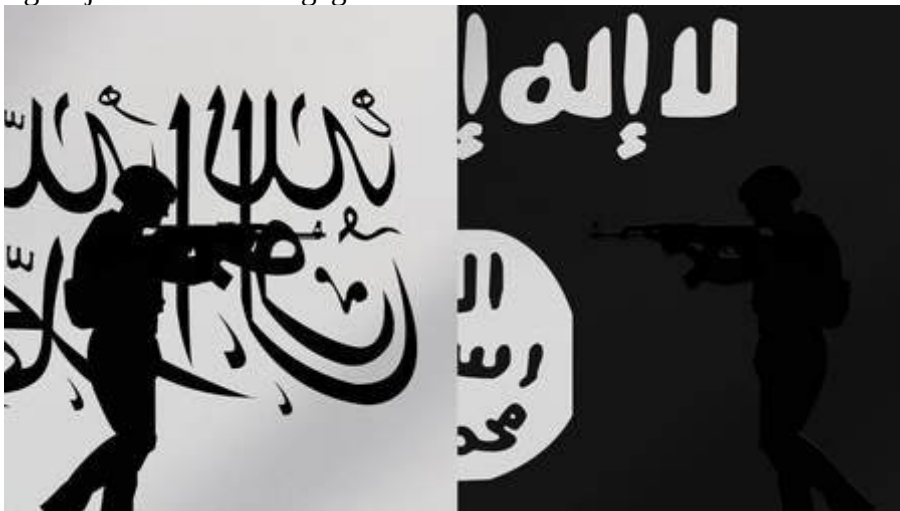
So, wie die von den USA finanzierten afghanischen Mudschaheddin in den späten 1980er- und 1990er-Jahren schließlich zu den Taliban wurden und heute das afghanische Militär auf dem besten Weg ist, die Reihen von IS-K zu verstärken, sorgten zwischen diesen Ereignissen auch die unzufriedenen irakischen Soldaten, die nach der US-Invasion im Jahr 2003 ohne Arbeit blieben, einige Jahre später für einen stetigen Strom von Rekruten für den ursprünglichen IS.

Der US-Sicherheitsapparat begann bereits, wegen dieses Wiederauflebens von IS-K Alarm zu schlagen. So erklärte US-Verteidigungsstaatssekretär Colin Kahl letzte Woche vor dem US-Senat, dass die radikalislamische Gruppierung innerhalb von sechs Monaten in der Lage sein könnte, von Afghanistan aus den Westen anzugreifen.

Die Taliban zeigen sich derweil unbeeindruckt, zumindest für die breite Öffentlichkeit.

"Weder stehen wir einer Bedrohung gegenüber, noch machen wir uns Sorgen über [den IS-K]", äußerte sich Mawlawi Zubair, ein hochrangiger Taliban-Kommandeur, dem Wall Street Journal gegenüber.

"Es besteht keine Notwendigkeit, nicht einmal eine winzige Notwendigkeit, dass wir von irgendjemandem Hilfe gegen den IS anfordern."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61801f87b480cc79ea651e99.jpg>

snanews.de: **Ältester Veteran des Großen Vaterländischen Krieges in Russland mit 105 Jahren gestorben**

Timofej Marsojew, der offiziell als der älteste Veteran des Großen Vaterländischen Krieges in Russland gilt, ist im Alter von 105 Jahren in der russischen Teilrepublik Norsossetien-Alanien (Nordkaukasus) gestorben.

„Es ist schwer, wenn unsere Ältesten uns verlassen. Das ist ein großer Verlust für uns alle“, schrieb der Republikchef, Sergei Menjailo, auf seiner Facebook-Seite.

Der Politiker betonte, Marsojew sei ein Beispiel für Mut und wahren Patriotismus gewesen. Er nahm an der Befreiung des Kaukasus teil, kämpfte in der Ukraine, in Moldawien, Rumänien, Bulgarien sowie Jugoslawien und schaffte es fast bis nach Österreich, wo er den Sieg im Jahr 1945 feierte. Der Veteran hatte erst im Frühjahr dieses Jahres eine [Urkunde als ältester Veteran des Landes](#) verliehen bekommen.

Marsojew wurde im Jahr 1916 geboren und nach Beginn des Großen Vaterländischen Krieges in die Rote Armee eingezogen. Nach dem Krieg lebte er im Kaukasus und arbeitete im regionalen Parteikomitee der Stadt Alagir und als Vorsitzender eines Kolchos. Marsojew hatte zusammen mit seiner Ehefrau drei Söhne und eine Tochter großgezogen. Er hatte sieben Enkel und sechs Urenkel.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/02/4193102_0:204:2919:1846_1280x0_80_0_0_74b7a88f187c274e2e4fbb9a1644be8d.jpg

de.rt.com: **Chef des russischen Sicherheitsrates trifft sich mit CIA-Direktor Burns in Moskau**

Im Laufe seines zweitägigen Moskau-Besuchs hat sich CIA-Direktor William Burns mit dem Sekretär des russischen Nationalen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew getroffen. Die Gespräche widmeten sich den Fragen der bilateralen Beziehungen Russlands und der USA. Burns traf am Dienstag an der Spitze einer Delegation hochrangiger US-Beamter im Auftrag von Präsident Joe Biden in Moskau ein, teilte die US-Botschaft in Russland der Nachrichtenagentur TASS mit. Im Rahmen des Besuchs in der russischen Hauptstadt sollen die Delegationsmitglieder mit russischen Regierungsvertretern zusammenkommen, "um eine Reihe von Fragen der bilateralen Beziehungen zu erörtern".

In einer kurzen Erklärung, die der Nationale Sicherheitsrat am Dienstag veröffentlichte, wurden keine Einzelheiten des Treffens nahegelegt. Russische Nachrichtenagenturen verbreiteten allerdings ein Bild, das Patruschew und Burns beim Handschlag am Rande der Gespräche zeigt.

Die Mitteilung fällt mitten in eine weitere Eskalationsrunde der US-russischen Beziehungen. Im vergangenen Monat war die Staatssekretärin für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium Victoria Nuland zu einem dreitägigen Besuch nach Moskau gereist und hatte sich dabei mit den Spitzenbeamten des Landes getroffen. Bei den Verhandlungen konnten jedoch keine greifbaren Ergebnisse erzielt werden.

Auf den erfolglosen Besuch Nulands folgte der Abbruch der Beziehungen zwischen Russland und der NATO. Im Oktober wies die von den USA geführte Militärallianz acht russische Diplomaten wegen Spionagevorwürfe aus seinem Brüsseler Hauptquartier aus.

Russland reagierte daraufhin mit dem Rückruf seiner gesamten Delegation aus Brüssel und ordnete die Schließung der NATO-Büros in Moskau an, womit alle verbleibenden Beziehungen zwischen Moskau und dem Militärbündnis endgültig abgebrochen wurden. Kürzlich hatte Außenminister Sergei Lawrow die seit Langem stattfindenden Treffen zwischen Russland und dem NATO-Rat als Instrument des Blocks bezeichnet, "uns zu lehren, wie man zu leben hat". Der russische Spitzendiplomat beklagte, dass der Mechanismus, der ursprünglich zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen gedacht war, an seinem Ziel weitgehend gescheitert sei.



http://scrf.gov.ru/media/photo/img_article/91lJtAw1gENEQZTsNpf8QC1SdzADjEqz.JPG

vormittags:

de.rt.com: **Russisches Exportzentrum: Handel mit China wird in diesem Jahr ein Allzeithoch erreichen**

Russlands Handelsumsatz mit China wächst weiter und erreicht neue Rekorde. Selbst die Folgen der COVID-19-Pandemie konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Die russische Exportbehörde prognostiziert noch in diesem Jahr ein Allzeithoch.

Wie das Russische Exportzentrum erklärte, wird der Handelsumsatz zwischen Russland und China im Jahr 2021 einen Rekordwert von 130 Milliarden US-Dollar erreichen. Dies teilte die Leiterin der staatlichen Einrichtung Weronika Nikischina am Montag während einer Onlinekonferenz mit. Sie erklärte:

"In diesem Jahr verzeichnet der Handel ein rasantes Wachstum: In den ersten acht Monaten des Jahres 2021 stieg der Handelsumsatz um 30 Prozent auf 86 Milliarden US-Dollar."

"Im Sommer erreichte der Handel zwischen unseren beiden Ländern ein Rekordniveau von zwölf Milliarden US-Dollar pro Monat. Und es besteht kein Zweifel, dass er bis Ende des Jahres ebenfalls ein Rekordniveau erreichen wird."

Sie stellte fest, dass die russischen Exporte nach China im Berichtszeitraum um 34 Prozent auf 42,3 Milliarden US-Dollar gestiegen sind, während die Importe aus China um 27 Prozent auf 43,5 Milliarden US-Dollar zunahmen.

Nach Schätzungen des Russischen Exportzentrums wird der Umsatz bis zum Jahresende 130 Milliarden US-Dollar übersteigen und damit den Rekordwert von 111 Milliarden US-Dollar aus der Zeit vor der Pandemie 2019 übertreffen. Nikischina wies darauf hin, dass China seit 2010 der wichtigste Außenhandelspartner Russlands ist und seit 2008 die russischen Importe und seit 2017 die Exporte dominiert.

Chinas Anteil am russischen Handel betrug in den ersten acht Monaten dieses Jahres 17,7 Prozent, mit einem Anteil von 14,2 Prozent an den Exporten und 23,3 Prozent an den Importen. Der Beamtin zufolge konnte selbst die COVID-19-Pandemie die Bemühungen der Länder zur Stärkung des gegenseitigen Handels nicht behindern. Sie hob hervor:

"Im Jahr 2020 erwies sich der russisch-chinesische Handel als sehr krisenresistent. Trotz der

Pandemie und des Verfalls der Weltmarktpreise ging er nur um 6,7 Prozent zurück, während Russlands Handel mit anderen Ländern um 16,6 Prozent abnahm."

China ist seit 2016 Russlands Hauptimporteur von industriellen Rohprodukten. Nikischina zufolge sind die Lieferungen dieser Güter sieben Jahre in Folge gestiegen und dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2021 fort. Sie erklärte:

"In den acht Monaten des Jahres 2021 beliefen sich die Lieferungen auf 11,4 Milliarden US-Dollar und übertrafen damit das Niveau von 2020 um 19 Prozent."

Die Produkte mit dem größten Exportwachstum sind Kupfer, Aluminium, Eisenschwamm, Kupferdraht, Düngemittel, Holz, Ölsaaten, Krustentiere, Papier und Pappe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61812ff348fbef240c6345ae.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. November 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Donezkij wurde mit Antipanzerlenkraketen beschossen (1 Schuss).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen:

- ein Mehrparteienwohnhaus im Stadtteil 30 Jahre Sieg, 5/51,54 – Fensterverglasung beschädigt (zwei Holzfenster) und Fassade;

- ein Mehrparteienwohnhaus im Stadtteil 30 Jahre Sieg, 6 – Metallbrüstung des Daches beschädigt.

snanews.de: **Israel unternimmt Raketenangriffe auf Vororte von Damaskus – Sana**

Die israelische Armee hat Raketenangriffe auf Vororte von Damaskus ausgeführt. Dies berichtete die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana am Mittwoch unter Berufung auf eine Quelle in den Militärkreisen. Die Angriffe sollen aus Richtung der von Israel besetzten Golanhöhen unternommen worden sein.

Demnach führte am frühen Mittwochmorgen der „israelische Gegner“ einen Luftangriff mit einer Reihe von Raketen aus dem besetzten Norden Palästinas auf eine Reihe von Objekten in den Vororten von Damaskus durch.

Die Angriffe sollen Sachschäden verursacht haben.

Erst am Samstag hatte die syrische Luftabwehr einen israelischen Raketenangriff auf Militärobjecte in der Nähe von Damaskus abgewehrt. Zwei syrische Soldaten seien verletzt worden. Auch Sachschäden seien gemeldet worden.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e4/0c/1e/344030_0:0:3200:1801_1280x0_80_0_0_6ae85f6a3b029ae7d22fc78b69c1b993.jpg

snaneews.de: **Auch wegen Nord Stream 2: US-Außenminister Blinken sichert Kiew „unerschütterliche Unterstützung“ zu**

Am Rande des COP26-Gipfels in Glasgow hat US-Außenminister Antony Blinken beim Treffen mit dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenski der Ukraine „unerschütterliche“ Unterstützung bei der Aufrechterhaltung ihrer Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität vonseiten seines Staates versprochen.

Das bestätigte der Sprecher des US-Präsidenten, Ned Preis, in seiner Meldung auf der offiziellen Seite des Außenministeriums am Dienstag.

„Er begrüßte die Schritte der Ukraine zur Bekämpfung der Korruption und betonte, dass die USA zusammen mit unseren Verbündeten und Partnern die ukrainische Energiesicherheit weiter stärken würden, unter anderem durch die Verringerung der Risiken, die von der Pipeline Nord Stream 2 ausgehen“, heißt es im Statement.

Auch auf Twitter zogen beide Seiten nach dem Treffen Bilanz. Selenski schrieb über die zur Sprache gekommene „Lage im Donbass“ sowie die „Förderung der Entwicklung der territorialen Integrität und Reform“ in der Ukraine seitens der USA.

In einem weiteren Tweet nach der Zusammenkunft mit Außenminister Blinken machte der ukrainische Präsident deutlich, dass „die angespannte Sicherheitslage im Donbass“, die „Zusammenarbeit im Militär- und Verteidigungsbereich“ der USA und der Ukraine sowie Herausforderungen im Energiesektor zur Sprache gekommen seien.

Der Politiker hob unter anderem hervor, dass die Vereinigten Staaten „Fortschritte bei Reformen“ (ukrainischen – Anm. d. Red.) unterstütze und entschlossen sei, diese umzusetzen. Antony Blinken sprach sich auf seiner Seite folgendesmaßen über das Treffen aus:

„Wir stehen an der Seite unseres Partners, der Ukraine, und verurteilen die russische Aggression gegen die Ukraine in jeder Form.“

Das Treffen wurde am Rande der UN-Klimakonferenz (COP26) abgehalten, die in diesen Tagen im schottischen Glasgow stattfindet. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/08/2429715_0:17:3073:1746_1280x0_80_0_0_e039d89cf587f0bb5d98974207950dc3.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 3. November um 9:00 Uhr 18.858 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 14.254 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2472 Todesfälle.

de.rt.com: **Hilfe zur Überwindung der Energiekrise: Russland steigert Stromexporte nach China**

Stromlieferungen von Russland nach China haben deutlich zugenommen. Im Rahmen einer offiziellen Anfrage hatte die chinesische Seite um eine Erhöhung gebeten. Peking versucht seit Monaten gegen die im Land herrschende Energiekrise vorzugehen.

Seit dem 1. November hat die russische Energieholding Inter RAO Group ihre Stromexporte nach China fast verdoppelt. Dies teilte ein Sprecher des Unternehmens am Montag mit. Peking hatte das Unternehmen im Oktober offiziell gebeten, die Stromlieferungen nach China auf 555 Millionen Kilowattstunden pro Monat zu erhöhen. Die Leiterin der Handelsabteilung von Inter RAO Alexandra Panina sagte, dass das Unternehmen in der Lage sei, fast das gesamte Volumen der Nachfrage zu erfüllen.

Bereits im vergangenen Monat hatte das russische Unternehmen damit begonnen, die Lieferungen nach China zu erhöhen, als die Energiekrise in den nördlichen Provinzen des Landes eskalierte und zu Stromausfällen und Blackouts führte.

Am 27. September berichtete das chinesische Nachrichtenportal Zemyan, dass in rund 20 Regionen des Landes die Stromversorgung aufgrund von Kohleknappheit eingeschränkt war. Die Behörden setzten daraufhin in mehreren nordöstlichen Provinzen Beschränkungen des Energieverbrauchs nicht nur für Industrieunternehmen, sondern auch für Haushalte und Bürogebäude durch.

Chinesischen Medien zufolge waren gesetzliche Änderungen der nationalen Umweltnormen für die Kohleknappheit und den Preisanstieg verantwortlich. Außerdem kam es aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zu Unterbrechungen bei den Kohleimporten ausländischer Lieferanten.

Kohle futures erreichten in China im vergangenen Monat Rekordhöhen, nachdem 60 Kohleminen in der wichtigsten kohleproduzierenden Region des Landes aufgrund schwerer Wetterbedingungen geschlossen werden mussten. Tage später ließen ungewöhnlich niedrige Temperaturen in Teilen Chinas die Kohlepreise noch weiter in die Höhe schnellen, da die Stromnachfrage stark anstieg.

Mitte Oktober ordneten die chinesischen Behörden eine enorme Steigerung der Kohleproduktion an, um die Stromknappheit einzudämmen. China fördert und verbraucht mehr als die Hälfte des weltweiten Kohleangebots, wobei der Brennstoff in über 60 Prozent der Stromerzeugung des Landes eingesetzt wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618103eab480cc6b692712b5.JPG>

Mzdnr.ru: Am 1. November wurden in der DVR 2624 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1129 positiv, bei 43 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 3. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 89.832 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

16.551 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 66.385 als gesund entlassen, es gibt 6896 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 183 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 67 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 110 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3464 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1738 mit Sauerstoffunterstützung (+62 in den letzten 24 Stunden). ...

snews.de: **US-Trossschiff auf dem Weg ins Schwarze Meer**

Ein weiteres amerikanisches Schiff ist derzeit auf dem Weg ins Schwarze Meer, wie es aus einer entsprechenden Twitter-Mitteilung der United States Sixth Fleet am Mittwoch hervorgeht.

„Das Trossschiff ‚USNS John Lenthall‘ hat seinen Transit in Richtung Norden ins Schwarze Meer begonnen, um mit den Verbündeten und Partnern der Nato in der Region zu operieren“, heißt es im Text.

Ende der vergangenen Woche hatte das amerikanische und Nato-Kommando den Start der Operationen im Mittel- und Schwarzen Meer verkündet. Ziel der Einsätze sei es gewesen, gemeinsam für Sicherheit und Stabilität in der Region zu sorgen.

Am 1. November hatte die Sechste Flotte der US-Marine mitgeteilt, dass das Flaggschiff „Mount Whitney“ auf dem Weg ins Schwarze Meer sei.

Am vergangenen Samstag war der amerikanische Zerstörer „USS Porter“ ins Schwarze Meer eingelaufen. Ob die Entsendung des Schiffes in die Region mit der angekündigten Operation verbunden ist, ist nicht klar. Den US-Zerstörer beobachten die Kräfte und Mittel der Schwarzmeerflotte.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/03/4196294_0:115:1512:966_1280x0_80_0_0_a37f6f8b93017ecec3a935b6202748bd.jpg

de.rt.com: **Bekannter Neonazi zum Berater des Befehlshabers der ukrainischen Streitkräfte ernannt**

Dmitri Jarosch, der ehemalige Chef des Rechten Sektors, soll nach eigenen Angaben auf seiner Facebook-Seite zum Berater des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine ernannt worden sein. Jarosch ist einer der berüchtigtsten ukrainischen Nationalisten.

Dmitri Jarosch, 1971 geboren, war schon 1994 Mitbegründer der Neonazi-Organisation "Trident", die er von 1996 bis 1999 anführte und im Jahre 2013 in den Rechten Sektor überführte. Bis November 2015 war er der Leiter dieser berüchtigtsten ukrainischen Neonazi-Formation. Der Rechte Sektor stellte während des Maidan die gewalttätigsten Demonstranten, leicht erkennbar an den rot-schwarzen Armbinden, und schon vor dem Putsch gegen Ende Februar 2014 gab es Berichte über Folterungen im Kiewer Gewerkschaftshaus, das die Nationalisten gestürmt und zu ihrer Zentrale gemacht hatten.

Im gesamten Verlauf des ukrainischen Bürgerkriegs spielt der Rechte Sektor eine fatale Rolle. Es war die Ankündigung von Jarosch, mit 5.000 Mann die Krim zu stürmen, die im März 2014 die Entscheidung über das Referendum auf der Krim zur Ablösung von der Ukraine auslöste. Die Parole des Rechten Sektors damals lautete, die Krim werde ukrainisch bleiben oder entvölkert.

Bereits vor Beginn des Bürgerkriegs war der Rechte Sektor an dem berüchtigten Massaker von Odessa beteiligt. Schon zuvor hatten Mitglieder des Rechten Sektors in eine Antimaidan-Demonstration in Charkow geschossen und wenige Tage später dann zwei Antimaidan-Aktivistinnen, die ihre Zentrale in Charkow ausfindig gemacht hatten, gezielt erschossen. Als im Mai 2014 im Donbass das Referendum abgehalten wurde, überfiel der Rechte Sektor Organisationsbüros, entführte namentlich bekannte Aktivistinnen und überfiel schließlich auch das Abstimmungslokal in Kramatorsk; die Aufnahmen von diesem Überfall wurden damals im deutschen Fernsehen gezeigt, aber fälschlich dem Widerstand im Donbass zugeschrieben, was zumindest später korrigiert werden musste.

Aus dem Rechten Sektor bildeten sich zu Beginn des Bürgerkriegs Freiwilligen-Bataillone, die weitgehend außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Armee agierten. Im Sommer 2014 soll es bei Saur-Mogila sogar zu einem regelrechten Gefecht zwischen den Truppen des Rechten Sektors und der regulären ukrainischen Armee gekommen sein. Nichtsdestotrotz sind solche Einheiten nach wie vor an der Donbass-Front präsent, obwohl die Minsker Vereinbarungen die Entwaffnung und Demobilisierung aller irregulären Einheiten verlangen. In Russland wird in mehreren Strafverfahren gegen Jarosch ermittelt, unter anderem auch noch wegen seiner Teilnahme am Tschetschenienkrieg an der Seite der Islamisten von 1994 bis 1995. Zwei Jahre lang stand er sogar auf der Webseite von Interpol als Gesuchter, bis diese

Eintragung im Januar 2016 wieder verschwand.

Dem Rechten Sektor wird nicht nur Folter in vielen Fällen zur Last gelegt, sondern auch die Zusammenarbeit mit Kriminellen bei Erpressungen und Raub. Bekannt ist dabei insbesondere ein Vorfall in Transkarpatien im Jahr 2015, als sich eine in den Schmuggel involvierte Abteilung des Rechten Sektors ein langes Feuergefecht mit der Polizei lieferte.

Im Februar 2015, als die zweiten Minsker Vereinbarungen unterzeichnet wurden, erklärte Dmitri Jarosch, der Rechte Sektor werde sich nicht daran gebunden fühlen. Um eine Unterordnung seiner Truppen zu erreichen, wurde er im März 2015 das erste Mal zum Berater des Chefs des Generalstabs der ukrainischen Armee ernannt.

Seitdem war Dmitri Jarosch von 2015 bis 2019 Abgeordneter in der ukrainischen Rada, hat für das Präsidentenamt kandidiert und mehrmals damit gedroht, die Regierung zu stürzen, weil sie den nationalistischen Kurs nicht deutlich genug verfolge. In der Rada schloss er sich der Gruppe um den Oligarchen Igor Kolomoiski an, der auch als der starke Mann hinter Selenskij vermutet wird.

Sollte Jaroschs Mitteilung zutreffen, würde das bedeuten, dass der politische Einfluss der ukrainischen Extremisten wieder zunimmt – der bereits immer stärker war, als die Zuteilung der politischen Ämter erkennen ließ. Allerdings dürften die westlichen Medien seine Rolle wie immer übergehen, so wie auch sonst sämtliche Aktivitäten des Rechten Sektors seit dem Maidan übergangen wurden und werden.

In Russland gilt der Rechte Sektor als terroristische Organisation, und Dmitri Jarosch persönlich unterliegt russischen Sanktionen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61818749b480cc28115a0109.jpg>

Dan-news.info: In der DVR wurde zum Jahrestag des Roten Oktober eine Postkarte mit Porträts Lenins und Stalins herausgegeben

Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ hat eine zweiseitige frankierte Postkarte zum 104. Jahrestag der Großen sozialistischen Oktoberrevolution herausgegeben, teilt der Pressedienst des Unternehmens mit.

Auf der Vorderseite der Karte ist eine Briefmarke mit einer Abbildung Wladimir Lenins und Josif Stalins von einer Zeichnung Je. Kibriks aus dem Jahr 1947. Der Künstler stellte die Ankunft Iljitschs am Abend des 24. Oktober, vor dem Aufstand, im Smolnyj – dem Stab der Bolschewiki in St. Petersburg, zuvor eine Schule für adlige Mädchen – dar. Lenin traf aus seiner letzten konspirativen Wohnung im Stab ein, um den Aufstand zu leiten.

Im Textfeld ist eine Abbildung des Ordens der Oktoberrevolution, des zweitwichtigsten in der Sowjetunion. Die Auszeichnung wurde 1967 zu Ehren des 50. Jahrestags der Revolution begründet. Auf der Rückseite der Karte ist eine Abbildung eines Kalenderblatts, das in der sowjetischen Epoche zu dem genannten Feiertag sehr beliebt war.



https://dan-news.info/storage/c/2021/11/03/1635928167_817431_25.jpg

snanews.de: **China und Russland drängen auf Lockerung von Nordkorea-Sanktionen**

China und Russland drängen auf die Lockerung der seit etwa 15 Jahren bestehenden internationalen Sanktionen gegen Nordkorea.

Das geht aus einem entsprechenden Resolutionsentwurf für den UN-Sicherheitsrat in New York hervor, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Die beiden Länder wollten die „Lebensqualität der Zivilbevölkerung in Nordkorea verbessern“, indem die Handelsbeschränkungen für Agrarprodukte, Meeresfrüchte, Textilien und Ölprodukte aufgehoben werden. Außerdem soll dem Text zufolge auch das Verbot für Nordkoreaner fallen, im Ausland zu arbeiten.

Dem Vorstoß werden allerdings keine realen Chancen dabei eingeräumt, eine Mehrheit des Sicherheitsrates zu überzeugen. Die Spannungen der USA und anderer westlicher Staaten mit Pjöngjang sind nach wie vor hoch. Erst vor wenigen Tagen hatte Nordkorea eine U-Boot-gestützte ballistische Rakete abgefeuert und damit seine Feinde erneut provoziert.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/03/4195798_0:0:3277:1844_1280x0_80_0_0_be0790f_be4a843c9b49b76e03b4b8344.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Bericht: Iran vereitelt US-Versuch, Öltanker im Golf von Oman zu kapern**

Die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) teilte am Mittwoch mit, Spezialkräfte hätten den US-Versuch, einen iranischen Öltanker im Golf von Oman zu kapern, scheitern lassen. Das US-Militär soll am Mittwoch einen mit Rohöl beladenen iranischen Tanker im Golf vom Oman beschlagnahmt haben, um die Ladung des iranischen Öltankers in einen anderen Tanker umzuladen.

Die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) teilte am Mittwoch mit, ihre Schnellboote hätten im Golf von Oman ein US-Militärschiff abgefangen, das mutmaßlich versuchen wollte, irisches Öl zu beschlagnahmen.

Demnach soll US-Militär am Mittwoch den mit Rohöl beladenen iranischen Tanker im Golf vom Oman beschlagnahmt haben, um die Ladung des iranischen Öltankers in einen anderen Tanker umzuladen, nachdem dieser zuvor mit unbekanntem Ziel eingelaufen war. Als Reaktion darauf führten nach iranischen Angaben Marineeinheiten der Iranischen Revolutionsgarde eine Helikopter-Operation auf dem Deck des unbekanntes Schiffes durch und erlangten so die Kontrolle über das Schiff.

Die Revolutionsgarde erklärte, dass ihre Spezialkräfte auf dem Deck des zweiten Tankers gelandet seien und ihn in die iranischen Hoheitsgewässer umgeleitet hätten. US-Streitkräfte sollen dann vergeblich versucht haben, den Tanker mit Hubschraubern und Kriegsschiffen zu verfolgen, um ihn daran zu hindern, in iranische Gewässer einzulaufen.

Der Tanker befindet sich derzeit in iranischen Hoheitsgewässern und steht unter dem Schutz der Marine des IRGC, berichtet Press TV.

In sozialen Medien kursiert die Nachricht, dass jenes von Iranern beschlagnahmte Schiff Eigentum von Saudi-Arabien sei.

Die in Bahrain stationierte Fünfte Flotte der US-Marine erklärte, sie habe die Berichte über den Vorfall zur Kenntnis genommen, könne aber derzeit keine Informationen liefern.

Der iranischen Marine ist es nach eigenen Angaben erst vor Kurzem gelungen, einen Piratenangriff auf einen Öltanker abzuwehren. Der Tanker war laut iranischen Medien im Golf von Aden südlich von Jemen unterwegs, als vier Boote den Tanker auf dem Weg zur Meerenge von Bab al-Mandab entführen wollten. Eine iranische Marine-Einheit verhinderte das Unterfangen, indem sie Warnschüsse in Richtung der Piraten abgefeuert habe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618278a748fbef2249391624.jpg>

dan-news.info: In der DVR ist geplant, die Renten ab dem 1.1.22 um 20 Prozent zu erhöhen und die Löhne der Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen um 25 Prozent.

Derzeit beträgt die Mindestrente 6571 Rubel, der Mindestlohn 7460 Rubel.

Auch verschiedene Arten von Sozialleistungen sollen zwischen 26 und 38 Prozent erhöht werden.

snanews.de: IS-Angriff auf Militärkrankenhaus in Kabul: Ranghoher Taliban-Kommandeur unter den Opfern

Ein ranghoher Kommandeur der Taliban ist am Dienstag bei einem Angriff auf ein Militärhospital in Kabul getötet worden, den die Terrormiliz „Islamischer Staat“ für sich reklamiert hat. Dies berichtet die Nachrichtenagentur AFP am Mittwoch.

Demnach handelt es sich um Hamdullah Mokhlis, Offizier der Spezialeinheiten des Badri-Korps und Mitglied des sogenannten Haqqani-Netzwerks, einer Terrorgruppe, die für mehrere tödliche Anschläge im Land verantwortlich gemacht wird.

„Als er die Information bekam, dass das Sardar-Daud-Khan-Krankenhaus angegriffen wurde, eilte Maulvi Hamdullah (Mokhlis), der Kommandeur des Kabuler Korps, sofort zum Tatort“, zitiert die Nachrichtenagentur einen Vertreter der Medienabteilung der Taliban. „Wir haben versucht, ihn aufzuhalten, aber er hat nur gelacht. Später erfuhren wir, dass er bei den Kämpfen im Krankenhaus ums Leben gekommen ist“, fügte er hinzu.

Bei dem Anschlag auf das Hauptmilitärhospital in Kabul am Dienstag waren nach Angaben des Gesundheitsministeriums der Taliban-Regierung mindestens 19 Menschen getötet und mindestens 50 weitere verletzt worden. Später berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, dass die Zahl der Todesopfer auf 25 stieg.

Nachdem ein Selbstmordattentäter einen Sprengsatz in der Nähe des Eingangs der Einrichtung aktiviert hatte, drangen bewaffnete Kämpfer ins Krankenhaus ein. Der Taliban-Sprecher Zabiullah Mujahid spielte die Zahl der Todesopfer herunter und teilte mit, der Angriff sei dank des schnellen Eingreifens innerhalb von 15 Minuten niedergeschlagen worden.

Der IS-Ableger „Islamischer Staat – Khorasan“ (IS-K) bekannte sich zu der Attacke. Laut einem Statement, das im sozialen Netzwerk Telegram veröffentlicht wurde, sollen „fünf Kämpfer der Gruppe Islamischer Staat gleichzeitig koordinierte Angriffe“ auf das Objekt verübt haben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/03/4196180_0:49:3072:1777_1280x0_80_0_0_b4f24e96bb3ee31ddc35856fb491bf27.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 03.11.2021
In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von
Seiten des Gegners festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **eine Verletzung des Komplexes von**
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von

Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus das **Gelände des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen.

Die ukrainische Seite im GZKK ignoriert weiter die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 32 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen bewaffneten Formationen in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

20 T-72-Panzer und sechs 122mm-Haubitzen „Gwosdika“ an der Eisenbahnstation in Konstantinowka;

sechs 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“ in einem Wohngebiet von Drushkowka.

Die ukrainische Seite blockiert aktiv die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10., 58. und 93. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Roganskoje, Konstantinowka, Beresowka, Nowoandrewjewa, Warwarowka, Tonenkoje und Fjodrowka zu blockieren.

Außerdem hat das Kommando der 93. Brigade einen Versuch unternommen, einen Videobeobachtungskamerakomplex der OSZE-Mission, der im Gebiet von Granitnoje installiert ist, außer Betrieb zu nehmen. So haben ukrainische Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons eine selbstgebaute Sprengvorrichtung, die mit Splitterelementen gefüllt war, in der Nähe eines Anhängers der Mission detonieren lassen, auf dem Videokameras angebracht waren, dadurch bekam der Komplex zahlreiche Löcher und Dellen, aber die Kameras blieben funktionsfähig. Der Brigadekommandeur Bryshinskij meinte, dass der Komplex der Mission funktionsunfähig sei und erteilte den Befehl, die Feuerprovokationen in diesem Gebiet fortzusetzen.

Außerdem vermindert der Gegner weitere Örtlichkeiten und gefährdet so Einwohner der frontnahen Bezirke. Insbesondere waren die Einwohner von Nowogrigorowka gezwungen, selbstständig Warnschilder über Minengefahr im westlichen Teil der Ortschaft anzubringen, nachdem Kämpfer der 93. Brigade Minensperren installiert hatten.

Das Kommando der ukrainischen bewaffneten Formationen ist nach wie vor unfähig, die notwendige Versorgung der unterstellten Einheiten im OOS-Gebiet zu organisieren und demonstriert auch weiter eine völlige Gleichgültigkeit gegenüber den Nöten und Bedürfnissen des Personals.

So berichtete der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Gorbatsjuk, dass die Einheiten der 95. Luftsturmbrigade die Übernahme der Kampfpositionen von der 10. Brigade abgeschlossen und mit der Erfüllung von Aufgaben in Richtung Gorlowka begonnen haben. Dabei sind die rückwärtigen Einheiten der 95. Brigade im ständigen Stationierungspunkt in Shitomir geblieben und bis jetzt nicht in der OOS-Zone eingetroffen, im Zusammenhang damit ist keine vollwertige Versorgung der Brigade organisiert, das Personal erhält kein warmes Essen, in den Einheiten fehlt das notwendige Material des Quartierdienstes einschließlich Öfen und Brennstoff für die Heizung.

In der 25. Luftlandebataillon hat der Brigadekommandeur Sentschenko die Zahlungen für den Aufenthalt in der OOS-Zone und für die Erfüllung von Kampfaufgaben an der Kontaktlinie für die Untergebenen gestoppt, die Drohnen, die von Freiwilligenorganisationen geliefert worden waren, beschädigt oder unwiederbringlich verloren haben. Der Brigadekommandeur teilte mit, dass er die Zahlungen erst dann wieder aufnehmen wird, wenn ihm Drohnen vorgelegt werden, die von den Drohnenoperatoren auf eigene Kosten beschafft wurden.

Zuvor hatten ukrainischen Freiwillige der Brigade vier Kurzstreckendrohnen übergeben, die die Kämpfer der 25. Brigade für die Feuerleitung einsetzen. Alle diese Luftaufklärungsmittel wurden von unseren Verteidigern zum Landen gezwungen oder abgeschossen. Der letzte solche Fall ereignete sich am 21. Oktober, als eine diensthabende Einheit der Volksmiliz eine Drohne abschoss, die von einer Mörsermannschaft der 25. Brigade eingesetzt wurden, die sich auf einem SIL-131-Fahrzeug mit Symbolen des GZKK befand.

de.rt.com: **Russisches Außenministerium ruft USA zur Normalisierung der konsularischen Dienste auf**

Ende Oktober haben die USA Russland auf die Liste der "heimatlosen Nationalitäten" gesetzt. Dementsprechend müssen russische Bürger in anderen Staaten US-Visa beantragen. Das russische Außenministerium bezeichnet diese Situation als unakzeptabel.

In den vergangenen Monaten haben die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und den USA ihren tiefsten Stand seit Jahren erreicht. Nach der wechselseitigen Verringerung der Kapazitäten in den diplomatischen Missionen setzten die USA Russland auf die Liste der "heimatlosen Nationalitäten". Bürger der Staaten auf dieser Liste, zu denen unter anderem Jemen, Libyen, Somalia und Syrien gehören, müssen US-Visa in den Konsulaten anderer Staaten beantragen. Russischen Bürgern wird vom US-Außenministerium empfohlen, für eine Visa-Beantragung nach Warschau zu reisen.

Sergei Rjabkow, der stellvertretende Außenminister Russlands, bezeichnete diese Situation am Mittwoch während der russisch-amerikanischen Konferenz "Dialog Fort-Ross" als unakzeptabel. Die Veranstaltung fand in diesem Jahr pandemiebedingt im Format einer Videokonferenz statt. In seiner Rede rief der russische Diplomat dazu auf, den diplomatischen Auseinandersetzungen ein Ende zu setzen. Er schlug Washington vor, neue Diplomaten nach Russland zu entsenden, um "konsularische Basisdienstleistungen" gewähren zu können und das Verfahren der Visaerteilung für russische Bürger zu wiederherstellen:

"Heute verlangen die USA von unseren Bürgern, ins Ausland zu reisen, um ein US-Visum zu erhalten. Wir in Moskau finden diese Situation inakzeptabel. Wir rufen die USA dazu auf, ihre diplomatische Vertretung in Moskau zu erweitern und neue Mitarbeiter zu entsenden, damit zumindest konsularische Dienstleistungen in Russland in mehr oder weniger normalem Umfang erbracht werden."

Ende April hatte der russische Präsident Wladimir Putin einen Erlass über Gegenmaßnahmen als Antwort auf feindselige Handlungen anderer Staaten unterzeichnet. Hiermit ist es den USA untersagt, in ihren Vertretungen in Russland Einheimische und Bürger von Drittstaaten als Mitarbeiter einzustellen. John Sullivan, US-Botschafter in Russland, erklärte damals, dass das Personal der US-Vertretungen im Land in diesem Zusammenhang auf 120 Mitarbeiter reduziert werden müsse.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6182774548fbef2249391620.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Feuerprovokation** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk aus Richtung Nowotoschkowskoje zielgerichtet ein **Wohngebiet von Donezkij** mit Antipanzerlenkraketen beschossen. Durch den Treffer einer Lenkrakete wurde ein Mehrparteienwohnhaus beschädigt. Außerdem wurde durch den Flug von Splittern und Trümmern ein weiteres Mehrparteienwohnhaus daneben beschädigt....

de.rt.com: "Spielen Sie Deutsch?": Sacharowa über Doppelmoral der deutschen Regierung in Medienfragen

In einem Artikel hat sich die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, zur Doppelmoral der deutschen Regierung in Bezug auf die Einschränkung des Zugangs zur Webseite der "Deutschen Welle" in Weißrussland und die Sperrung von "RT DE"-Kanälen durch YouTube geäußert.

In einem ironischen Essay unter dem Titel "Spielen Sie Deutsch?" hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, Kritik an den doppelmoralischen Ansätzen der deutschen Regierung gegenüber RT DE und dem ebenfalls durch staatliche Mittel finanzierten internationalen deutschen Medium Deutsche Welle (DW) geübt. In dem Text geht es um die scharfe Reaktion Deutschlands auf die Einschränkung des Zugangs zur DW-Webseite in Weißrussland – im Vergleich zum Ausbleiben einer solchen im Fall der Sperrung von RT DE-Kanälen durch YouTube. Diese Diskrepanz nennt die russische Diplomatin "die Wunder einer wahrhaft akrobatischen Flexibilität der Realitätswahrnehmung" seitens der deutschen Führung.

Sacharowa verwies darauf, dass die deutsche Regierung auf eine "eklatante Zensur" seitens YouTube gegenüber RT DE gelassen reagiert und nur darauf bestanden hatte, mit der Sperrung nichts zu tun gehabt zu haben:

"Die deutsche Beamtenschaft wollte mit dieser ganzen Geschichte einstimmig nichts zu tun haben. Als ob internationale Verpflichtungen im Bereich der Sicherung des Medienpluralismus und der Meinungsfreiheit in diesem einzelnen Fall nicht gelten würden." Die deutschen Medien und Journalisten hätten den Fall auch ignoriert, wobei sie daneben die russischen Medien immer wieder angegriffen hätten. In diesem Zusammenhang erinnerte die Diplomatin auch an die Probleme von RT DE im Zusammenhang mit der Sperrung von Konten bei der Commerzbank. Sacharowa deutete an, dass die deutschen Behörden auch dahinter stecken könnten.

Nach Ansicht der Diplomatin habe sich die deutsche Regierung im Fall der Sperrung der Webseite der Deutschen Welle in Weißrussland hingegen gänzlich anders verhalten. Die ehemalige Sowjetrepublik sei von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, als eine "Diktatur" gebrandmarkt worden. Dementsprechend stellte Sacharowa die Frage, ob denn die USA, die baltischen Staaten und Deutschland selbst, wo die Arbeit von russischen Medien gestört und eingeschränkt wird und russische Journalisten einer Verfolgung ausgesetzt sind, denn nicht ebenfalls als "Diktaturen" bezeichnet werden könnten. Außerdem verwies die Diplomatin auf die Empörung seitens des Deutschen Journalistenverbands, der unter der deutschen Leserschaft in Bezug auf RT DE Ängste verbreitet hatte.

"Und das alles ungeachtet der Tatsache, dass im Fall des deutschen Senders die Anschuldigungen auf den spezifischen Normen der belarussischen Gesetzgebung basieren, die ihnen gut bekannt waren. Während RT DE, wie es heißt, durch Lynchjustiz gesperrt

wurde."

Am 28. Oktober war die Webseite des deutschen Auslandssenders Deutsche Welle in Weißrussland blockiert worden. DW soll das weißrussische Gesetz über die Verbreitung von extremistischen Inhalten verletzt haben. Die YouTube-Kanäle von RT DE waren im September 2021 unter dem Vorwand gelöscht worden, das Unternehmen habe gegen die Regeln der Plattform verstoßen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61825d28b480cc59fe334af5.jpg>